



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Englands auswärtige Politik.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Englands auswärtige Politik.

Das Abkommen, welches die zwischen England und Amerika schwebenden Differenzen einem schiedsrichterlichen Austrag zuweist, ist der Regierungspresse ein neuer Anlaß geworden, die Verdienste Lord Stanley's zu feiern, und Disraeli hat demselben beim Lordmajorsbankett sogar ins Blaue hinein die Aufgabe zugewiesen, zwischen Frankreich und Preußen zu vermitteln, was der Minister des Auswärtigen selbst gleich darauf in seiner Wahlrede indirect ablehnte, indem er erklärte, daß die luxemburger Frage ein Ausnahmefall gewesen; England dürfe principiell keine Interventionspolitik befolgen, seine Lage als Inselreich ersfordere eine isolirte Politik.

Wir wollen die Verdienste des Ministers nicht verkleinern, aber dem übermäßigen Lobe gegenüber scheint es doch an der Zeit, sie auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Es ist eine alte Erfahrung, daß, wenn man sich auf der einen Seite wund gelegen hat, als eine große Erleichterung erscheint, wenn man sich auf die andere wenden kann; so ging es den Engländern mit ihrer auswärtigen Politik. Das würdelose Verfahren Lord Russell's, welcher sich in alle Verhältnisse mischte, überall unaufgefordert guten Rath gab, eventuell drohte und sich dann mit der Faust in der Tasche zurückzog, hatte die große Mehrheit der Nation mit Unwillen erfüllt; sie war froh, als dies System zu Ende ging und in Stanley ein Mann ins auswärtige Amt kam, welcher sich nicht unnötig um Angelegenheiten Anderer kümmerte und sich darauf beschränkte, die eigene laufende Politik geschäftsmäßig zu besorgen. Dies hat der gegenwärtige Minister in anerkennenswerther Weise gethan: er hat die Tornadofrage mit Spanien erledigt und hat soeben mit dem amerikanischen Gesandten eine Vereinbarung getroffen, welche die schlimme Differenz über die Alabama aller Wahrscheinlichkeit nach besettigen wird. Das ist gewiß verdienstlich, aber das ist auch alles, was Lord Stanley gethan; in allgemeinen Fragen hat er keine Proben einer eigenen positiven Politik gegeben. Diese Behauptung mag Manchem im Hinblick auf die luxemburger Conferenz auffallend erscheinen, aber die Bedeutung seines Eingreifens ist

hier in der That eine sehr geringe gewesen. Lord Stanley ist allerdings ein zu nüchterner Kopf, um eine Conferenz ohne feste Präliminarien zu betreiben, wie Lord Russell es im Frühjahr 1864 in der schleswig-holsteinischen Sache that; er erklärte von vorn herein, daß eine europäische Conferenz den Frieden nicht bewahren könne, so lange nicht Frankreich und Preußen eine gemeinsame Basis acceptirt hätten. Daß eine solche in der Räumung und Neutralisirung Luxemburgs gefunden ward, ist nicht sein Werk, sondern wesentlich das des englischen Botschafters in Paris, Lord Cowley, des französischen Botschafters in London, Fürsten Latour d'Auvergne, und des Fürsten Gortschakoff. Der Kaiser Napoleon, welcher sich, mangelhaft gerüstet wie er war, in größter Verlegenheit befand und nach einem ehrenvollen Rückzug suchte, berief Lord Cowley zu sich und bat ihn, die Vermittlung seiner Regierung anzuregen. Ob die Idee der Neutralisirung zuerst vom Kaiser selbst ausgesprochen, ob sie von Cowley oder von Latour aufs Tapet gebracht wurde, ist uns nicht bekannt, aber sicher ist, daß sie nicht von Stanley ausging, der vielmehr zunächst noch ablehnte darauf einzugehen; erst nachdem Fürst Gortschakoff sie acceptirte und seinen ganzen Einfluß aufbot, ihr in Berlin Eingang zu verschaffen, ließ er sich von dem unablässig treibenden Fürsten Latour und von Cowley bewegen, sie auch seinerseits zu empfehlen. Aber selbst dann sträubte er sich bis zum letzten Augenblick dagegen, England der Collectivgarantie für die Neutralität beitreten zu lassen, und erst als Graf Bernstorff im Auftrage seiner Regierung bestimmt erklärte, daß für Preußen die Garantie sämmtlicher Großmächte *conditio sine qua non* des Nachgebens sei und daß es im Weigerungsfalle seinerseits zu Rüstungen schreiten müsse, gab er nach, um dann, nachdem kaum die Tinte trocken geworden, mit welcher der Vertrag unterzeichnet war, dem Parlament zu erklären, daß man mit der Collectivgarantie eigentlich gar keine Verpflichtung übernommen habe, und wenn nicht alle Großmächte einig seien, England sich nicht zu rühren brauche, die Neutralität Luxemburgs zu vertheidigen. Wenn das Interesse an auswärtiger Politik nicht so gering im großen englischen Publicum wäre, so dürfte schwerlich Disraeli in jeder Tischrede die Verdienste Stanley's in dieser Frage preisen. Ebenso wenig hat der Lord in anderen europäischen Angelegenheiten den Einfluß Englands geltend gemacht. Nirgend war dies dringender geboten, als bei dem candidotischen Aufstand. Der Minister erkannte freilich mit richtigem Blick, daß derselbe lediglich von Griechenland und von russischen Agenten angezettelt sei, und ließ sich darin weder durch die Versicherungen des Baron Brunnow über das „*désintéressément de son auguste maître*“, noch durch die Schlangenwindungen der französischen Politik, welche damals Rußland zu gewinnen suchte, täuschen. Aber er blieb vollständig unthätig; Lord Palmerston (um von Männern wie Pitt und Canning ganz zu schwei-

gen) hätte in solchem Falle eine kategorische Note nach Athen gesandt und eventuell durch die Sendung einer Fregatte dem völkerrechtswidrigen Treiben der griechischen Regierung und den Blockadebrechern ein Ende gemacht. Lord Stanley dagegen beklagte sich über seinen eigenen Gesandten in Athen, Mr. Crskine, welcher ein Philhellene sei, aber ließ ihn ruhig dort und verschwendete seine Zeit damit, dem griechischen Ministerium Vorstellungen zu machen, auf welche dasselbe natürlich nicht hörte, da sein Gesandter aus London schrieb, daß England thatsächlich nicht interveniren werde. Wie viel Glend und Blutvergießen hätte hier ein rechtzeitiges Eingreifen verhindert! Doch Stanley's Politik war rein negativ und rechtfertigt für den Augenblick bis zu einem gewissen Grade Graf Bismarck's schneidendes Wort: „Wenn ich ein Abyssinier oder Chinese wäre, so würde ich mich wahrscheinlich sehr um Englands Politik kümmern, da ich aber ein Europäer bin, thue ich es nicht.“ Eine Politik, die von vorn herein das Princip der Nichtintervention auf ihre Fahne schreibt, kann keinen Einfluß haben, mögen ihre Rathschläge noch so wohl gemeint sein. Allerdings mag wahr sein, daß, wie Stanley in seiner Wahlrede sagte, es noch nie eine Zeit gegeben, wo England im Auslande mit weniger Eifersucht betrachtet wurde und weniger im Verdacht stand, heimliche Anschläge gegen die Wohlfahrt und den Frieden anderer Staaten zu hegen: wenn er aber hinzusetzt, daß nach seiner Ansicht England durch seine Isolation nicht im geringsten an Ansehen verloren, so täuscht er sich schwer und vergißt, daß die Eifersucht, mit der ein Staat von anderen angesehen wird, gewöhnlich in genauem Verhältniß zu seiner Größe steht. Die Stimme des Englands der Pitt, Wellington und Canning gebot überall Achtung, weil man hinter ihr den Entschluß wußte, eventuell dem Rath oder der Forderung Nachdruck mit Linien Schiffen zu geben; jetzt, da diese ultima ratio überall fehlt, wo nicht etwa englische Unterthanen brutal verlegt sind wie in Abyssinien, hört der betreffende Minister die Rathschläge der britischen Cabineten höflich an und thut dann was ihn gut dünkt.

Auf gleich falscher Unterlage, wie das Urtheil Stanley's über die Gegenwart, scheint uns sein Prognostikon für die Zukunft zu beruhen. Er sprach bei dem Liverpooler Bankett am 22. October seine Hoffnung aus, daß die auswärtige Politik nicht mehr einen Gegenstand der Parteikämpfe bilden werde. Englands Politik solle sein: streng die Rechte der Schwachen wie der Starcken zu respectiren und sich nicht zu beeilen erlittenes Unrecht zu rächen, sondern sich dem leidenschaftslosen Schiedsrichterspruch irgend eines competenten Tribunals zu unterwerfen (not readiness to resent wrongs, but to submit to the dispassionate arbitration of some competent tribunal). Das ist gewiß sehr edel und menschenfreundlich gedacht, aber wenn dies Programm praktisch werden sollte, müßte sich die menschliche Natur geändert

haben. Der radicale Irrthum bei dieser Auffassung ist, daß man den Fall eines Schiedsrichterspruchs in Privatangelegenheiten mit dem in internationalen Fragen gleichstellt, während beide vollständig verschieden sind. Wenn zwei Privatleute mit einander streiten und sich einem Schiedsrichterspruch nicht unterwerfen wollen, so ist ein Gerichtshof da, an den sie sich wenden können, und der die Macht hat ihren Proceß zu entscheiden. Derselbe Gerichtshof nöthigt beide Parteien, auch wenn sie einmal erklärt haben, den Schiedspruch annehmen zu wollen, sich demselben zu unterwerfen und ihn auszuführen. Wo aber ist in internationalen Fragen ein solches Tribunal? Wenn zwei Staaten übereinkommen, ihren Streit vor einen Schiedsrichter zu bringen, und der Ausspruch desselben dem einen so ungerecht dünkt, daß er sich weigert ihn zu vollziehen, was bleibt dem anderen übrig als zuzusehen oder mit den Waffen in der Hand zu zwingen? — Ein Schiedsrichterspruch zwischen Nationen entspricht also nicht dem im Privatleben, sondern steht auf diesem Gebiet gleich mit dem Versuch einer außergerichtlichen freundlichen Ausgleichung; gelingt eine solche nicht, so wenden sich die Privaten an den Richter, wenn sie ihre Ansprüche durchsetzen wollen, und ebenso greifen zwei Regierungen wenn sie sich einem Schiedspruch nicht unterwerfen wollen und ihre Ansprüche geltend zu machen entschlossen sind, zu den Waffen: der Krieg ist der Proceß der Nationen und wird es bleiben, so lange das tausendjährige Reich des ewigen Friedens noch nicht angebrochen ist. Alle Bestrebungen sollten darauf gerichtet sein, die Kriege seltener, kürzer und in ihren Mitteln menschlicher zu machen; die genfer Convention, die Bestrebungen das Privateigenthum zur See frei zu machen, haben mehr für das Wohl der Nationen gethan, als die Declamationen der Friedenscongresse. In dieser Hinsicht ist es auch immer anerkennenswerth, wenn ein großer Staat sich in einer großen Frage einem Schiedsrichterspruch unterwirft, aber man soll nur nicht glauben, daß dadurch der Krieg selbst beseitigt werde. Wo die Ehre und Unabhängigkeit einer Nation in Frage kommen, da wird sie sich keinem Schiedspruch unterwerfen, sondern ihr Recht auf jede Weise durchzusetzen suchen, gerade wie ein Privatmann, den ein anderer eines Verbrechens angeklagt, keine freundschaftliche Verständigung darüber vorschlägt, ob er schuldig oder unschuldig sei, sondern, wenn er sich ungerecht verletzt fühlt, eine kategorische Erklärung des Gerichtes verlangt. Wenn England jetzt zustimmt die Schadensforderungen der Amerikaner wegen der Alabama dem Schiedspruche des Königs von Preußen zu unterwerfen, dieser für Amerika entscheidet und England sich demzufolge entschließt eine große Summe zu zahlen, so beweist das nichts weiter, als daß es mehr in seinem Interesse erachtet, ein Opfer zu bringen, als eine Differenz bestehen zu lassen, welche zum Kriege führen könnte. Als aber die

Amerikaner die südstaatlichen Gesandten vom Bord des Trent weggeführt hatten, da schlug England keinen Schiedspruch darüber vor, ob nicht Amerika im Unrecht gewesen, sondern verlangte einfach und kategorisch in Washington Freilassung, mit dem Entschluß diese Forderung mit jedem Mittel durchzusetzen. Und derselbe Lord Stanley, der eben mit Johnson die Convention unterzeichnet, antwortete als Seward verlangte, England solle auch die Frage einem Schiedspruch unterwerfen, ob es berechtigt gewesen die Südstaaten als kriegführende Partei anzuerkennen: das sei nicht möglich, eine solche Frage müsse jeder souveräne Staat für sich entscheiden, gab also damit seiner jetzigen neuesten Theorie eines internationalen Amphiktyonengerichts im Voraus ein Dementi.

Lord Stanley hat das merkwürdige Schicksal gehabt, seine Politik fast ebenso, wenn nicht noch mehr von seinen Parteigegnern, als von seinen Parteigenossen bewundert zu sehen. Es ist also, wenn wie wahrscheinlich demnächst ein Cabinetwechsel eintritt, keine Aussicht auf eine positivere auswärtige Politik, Gladstone interessiert sich überhaupt für auswärtige Politik nicht oder hat doch wenigstens keine bestimmten Ansichten darüber, Lord Kimberley, der unter ihm Stanley's Nachfolger werden soll, hat zwar früher als Unterstaatssecretär und Gesandter in Petersburg eine praktische Schule durchgemacht, wird aber, auch wenn er wollte, doch schwerlich eine unabhängige Politik verfolgen können, zumal er Bright zum Kollegen haben wird.

Wir beklagen diesen Stand der Dinge aufrichtig, nicht bloß im europäischen, sondern im speciell deutschen Interesse. Die Natur der Verhältnisse weist auf eine Verbindung der Mächte des mittleren Europa, England, Scandinavien, Deutschland und Italien gegen das Vordringen der übermächtigen Flankenreiche, Rußland und Frankreich hin. Wir müssen uns aber an den Gedanken gewöhnen bei einem Kriege mit Frankreich England, dessen erstes Interesse die Erhaltung der Integrität Deutschlands sein sollte, in der Reihe der Großmächte nicht mitzuzählen. Lord Stanley's Sympathien für die deutsche Einheit, die derselbe in seiner neulichen Wahlrede ausgesprochen hat, können wir gern acceptiren, wenn wir dabei nur im Auge behalten, daß solche Aeußerungen, hinter denen kein Entschluß eventuell selbst einzugreifen steht, ohne großen Eindruck in Paris bleiben müssen. Das Einzige worauf man allenfalls rechnen kann ist, daß England Belgiens Neutralität schützen wird und auch dies wohl nur, weil die Königin hierfür ihr ganzes Gewicht in die Wagschale werfen würde und ihr dafür die Specialgarantie, welche England übernommen, zur Seite steht. Was Rußland betrifft, so ist es jetzt Mode in England geworden, den Krimkrieg zu verurtheilen als ein Abenteuer, zu dem man sich von Frankreich habe drängen lassen und welches seinen Zweck ganz verfehlt, während es doch auf der Hand liegt, daß nur das den Zweck

verreitet hat, daß man sich von Frankreich drängen ließ zu früh Frieden zu machen und so Rußlands Macht im Wesentlichen ungebrochen zu lassen.

Trotz dieser allgemeinen Stimmung für die Nichtintervention sind wir überzeugt, daß sie auf die Länge nicht dauern kann; selbst die Mehrheit, welche sie jetzt vertheidigt, fühlt das Demüthigende das in ihr liegt; es wird sich über kurz oder lang eine Grenze zeigen, an der das passive Zusehen aufhören muß. England erinnert freilich jetzt in mancher Beziehung an das Holland des 18. Jahrhunderts, welches damals auch ängstlich jeder Verwickelung aus dem Wege ging: es ist zu weich, zu satt und so verleßlich in seinen weitverzweigten Interessen geworden, daß es jeden Streit vermeidet; aber andere Staaten befinden sich nicht in derselben Gemüthsverfassung und sie werden seine Geduld über kurz oder lang auf solche Proben stellen, daß es nicht mehr Schiedsrichtersprüche suchen, sondern sich genöthigt sehen wird, der Welt zu zeigen, daß es eventuell seine Interessen, seine Ehre und seinen Einfluß mit den Waffen zu vertheidigen weiß.

---

## Die englische Parlamentsreform und ihre Aussichten.

### Kritik der Bill von 1867 und Resultate.

Wir haben bei unserer Kritik der Reformacte von 1832 die Mängel derselben ausführlich hervorgehoben, aber dabei betont, daß dieselbe eine überwiegend wohlthätige Wirkung gehabt hat. In unterbrochener Reihe ziehen sich die großen Reformen hin, welche seitdem durchgesetzt sind. Einen zwingenden Grund, die Frage einer veränderten Vertretung des Volkes im Parlament wieder aufzunehmen, können wir daher nicht zugeben und jedenfalls hätte die Reform eher auf Beseitigung positiver Uebelstände, wie der Bestechung, des Unwesens der Privatbills, der nicht ausreichenden Vertretung der Grafschaften den Städten gegenüber, gehen müssen als auf allgemeine Herabsetzung der Wahlqualifikation. Da aber einmal diese Frage auf die Tagesordnung gebracht und so lange ventilirt war, daß ihre Erledigung in einem oder dem anderen Sinne nothwendig geworden, so bot Gladstone's Bill von 1866 noch den besten Ausweg: sie gab den arbeitenden Klassen wenigstens nicht das Uebergewicht, im Gegentheil, sie war conservativer als die frühere von Russell, sie ging nur auf 7 Pfd. Sterl. herab, während 1860 6 Pfd. Sterl. von den Liberalen vorgeschlagen war. Gladstone gab auch ganz offen den Grund für dies Zurückgehen an. „Der Satz von 6 Pfd. Sterl.“